

Energiekrise: Warnung vor steigenden Preisen und weniger Versorgungssicherheit!

Die IG Windkraft warnt vor negativen Folgen des Energiekrisenbeitrags auf die heimische Stromerzeugung und Versorgungssicherheit.



Nachrichten AG

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 7. März 2025 warnte Florian Maringer, Geschäftsführer der IG Windkraft, vor den schwerwiegenden Folgen des neuen Energiekrisenbeitrags, der im Rahmen der Regierungserklärung beschlossen wurde. „Die heutige Maßnahme wird für den Standort Österreich und die Sicherstellung einer günstigen Energieversorgung zum Bumerang“, so Maringer. Er kritisierte die Maßnahme als einen Angriff auf die heimische Stromerzeugung, die wichtige Investitionen in erneuerbare Energien behindere. Weniger und teurere Investitionen würden letztlich zu einem Anstieg der Energieimporte führen und die

Versorgungssicherheit verringern, betonte er. Einsparungen bei der Stromerzeugung könnten die internationalen Preise nicht beeinflussen, wodurch die Haushaltsstrompreise unangetastet blieben. Diese Entwicklung macht die Budgetstrategie folglich zur Importstrategie für Strom, wie **APA-OTS** berichtete.

Transparenz ist entscheidend

Maringer forderte mehr Transparenz bei den finanziellen Berechnungen, die diesen Maßnahmen zugrunde liegen. Der Versuch, 200 Millionen Euro für die Budget-Sanierung zu lukrieren, könne nachvollzogen werden, setze jedoch eine Offenlegung der zugrunde liegenden Zahlen voraus. „Das Vertrauen in die politischen Ziele und die Verlässlichkeit des Wirtschaftsstandortes leidet unter solchen unausgereiften Eingriffen“, warnte er. Die Energieunternehmen benötigen Planungssicherheit, um Investitionen in die heimische Energieerzeugung zu fördern. Professionelle Unternehmen und die Windbranche seien bereit, konstruktiv an Lösungen zu arbeiten, die keine realwirtschaftlichen Schäden verursachen. Diese gefährlichen Eingriffe könnten nicht nur die Strompreise stabil halten, sondern auch das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik erschüttern, wie **Springer** anmerkte.

Die Verantwortung der Politik, transparente und nachhaltige Entscheidungen zu treffen, wird angesichts der steigenden Preise und der Unsicherheit auf dem internationalen Markt immer deutlicher. Vor allem, wenn es um die Sicherstellung einer zukunftsorientierten, stabilen Energieversorgung geht, sind durchdachte Lösungen gefragt. Die aktuellen Beschlüsse gefährden nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Entwicklung einer umweltfreundlichen Energieinfrastruktur in Österreich.

Details

Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
------------	---

Details	
Quellen	• www.ots.at • link.springer.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at